

Nach der Minarett-Initiative

# Die Initiative ist vorerst vom Tisch

**Einer Gruppe von Intellektuellen ist das Minarettverbot ein Dorn im Auge. Doch vor einer Initiative schrecken sie zurück. Zuerst suchen sie noch mehr Verbündete.**

VON JÜRGEN AUF DER MAUR

«Ganz viele Menschen in unserem Land haben gemerkt, dass wir für unsere direkte Demokratie einen Reformbedarf haben.» Das sagt der Zürcher SP-Nationalrat Andi Gross nach der gestrigen Sitzung des Clubs Helvétique, an der über das Wie-Weiter nach der Minarettabstimmung diskutiert wurde.

## Initiativtext würde vorliegen

Die Sitzung des Clubs Helvétique, von dessen Existenz ein grosser Teil der Bevölkerung erst seit dem überraschenden Ja zum Minarettverbot Kenntnis hat, stösst deshalb auf Interesse, weil schon kurz nach der Abstimmung bekannt wurde, dass die Mitglieder des Clubs das Ergebnis nicht stehen lassen wollen.

Die beiden Rechtsprofessoren Jörg Paul Müller und Daniel Thürer schlugen vor, das Minarettverbot durch einen Religionsartikel zu ersetzen. Sie verfügen bereits über einen ausformulierten Initiativtext, der zum einen sicherstellen soll, dass die verschiedenen in der Schweiz wohnenden Religionsgemeinschaften aufeinander Rücksicht zu nehmen haben und zum anderen religiöse Gruppierungen anhand des Toleranzartikels verpflichtet werden, Demokratie und Menschenrechte zu respektieren.

## Entscheid wird vertagt

Mit der Lancierung einer Volksinitiative wird aber vorerst zugewartet. Damit nimmt der Club Helvétique Rücksicht auf die verschiedenen Meinungen innerhalb der Vereinigung. Es stehen nämlich nicht alle Clubmitglieder hinter dieser Initiative. Zudem strebt man



**«Es ist arrogant, zu sagen, das Volk habe falsch entschieden.»**

HANSHEIRI INDERKUM, CVP

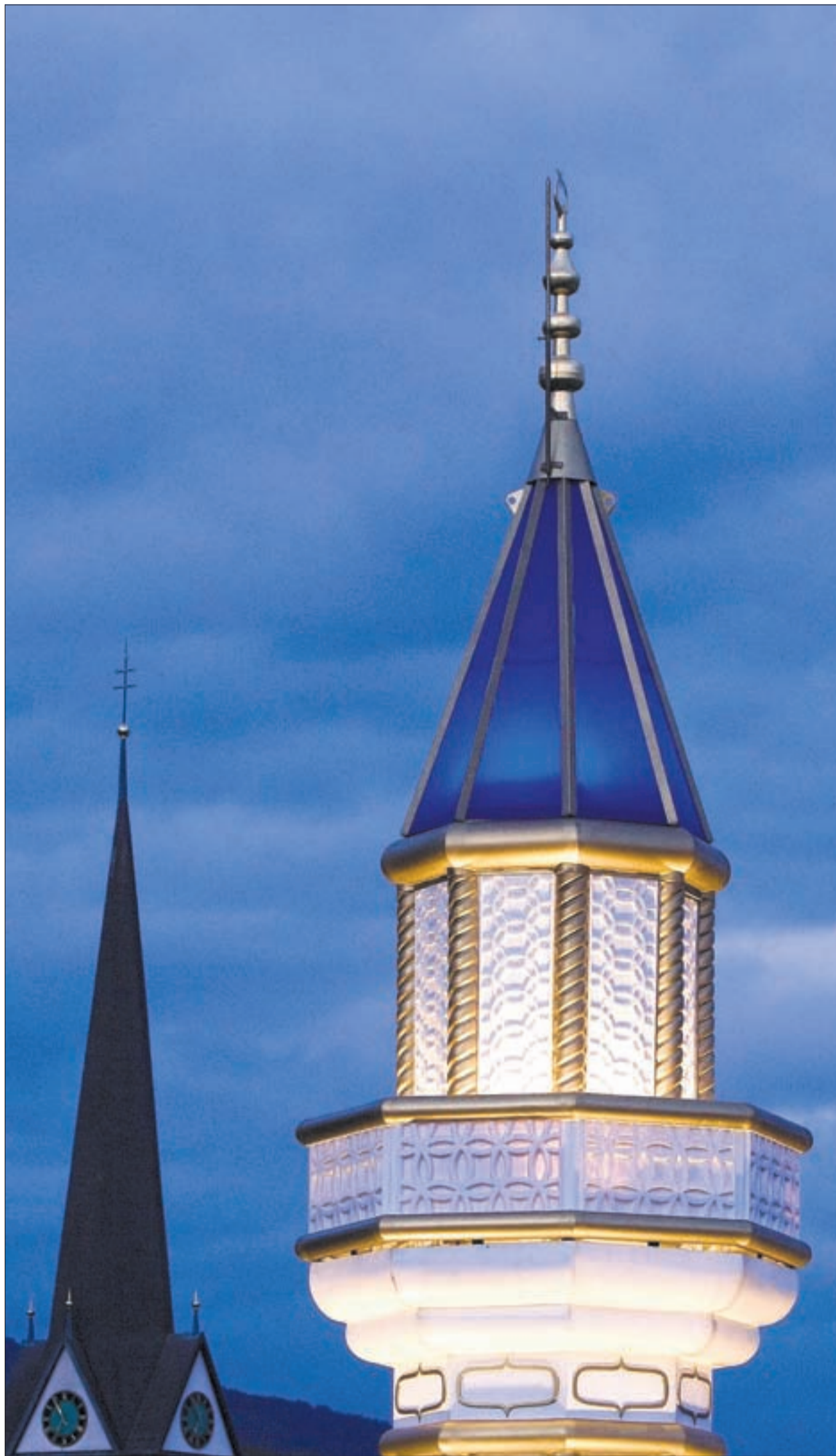
einen Schulterchluss mit Gleichgesinnten an, um dann gemeinsam zu entscheiden, ob eine Initiative lanciert werden soll. Andreas Gross: «Die Diskussionen gehen intern weiter.»

Gestern fiel erst der Grundsatzentscheid, sich an einem nun entstehenden Bündnis für Demokratie und Menschenrechte zu beteiligen. Der Club Helvétique wird – das wurde gestern ebenfalls entschieden – im Frühling an der geplanten Grossversammlung dieses Bündnisses teilnehmen. Zudem verabschiedeten die Clubmitglieder ein Fünf-Punkte-Papier, das die Absicht ins Zentrum stellt, sich für die Menschenrechte, die Demokratie einzusetzen und sämtliche Missbräuche dieser Rechte zu bekämpfen (siehe Box). So viel sei nämlich klar, betont Andreas Gross: «Die Tatsache, dass jetzt in der Verfassung ein religiöser Ausnahmeregel steht, widerspricht den schweizerischen Grundwerten. Wir unterstützen alle Bestrebungen, um das wieder zu ändern.»

## Toni Brunner gibt sich gelassen

Die Gegenseite lässt sich von den intakten Initiativplänen nicht aus der Ruhe bringen. «Für mich ist das ein intellektueller Zirkel. Die Lancierung einer Initiative nähme ich gelassen», sagt SVP-Präsident Toni Brunner. «Wenn ich mir vorstelle, dass diese Leute auf der Strasse Unterschriften sammeln sollen, dann habe ich keine Angst, dass eine Initiative zu Stande kommen könnte», höhnt der SVP-Präsident.

Selbst der ansonsten zurückhaltende Urner CVP-Ständerat Hansheiri Inder-



Der Bau von Minaretten ist in der Schweiz verboten. Dies haben die Stimmberechtigten am 29. November entschieden. REUTERS

## CLUB HELVÉTIQUE

### Die Fünf-Punkte-Erklärung

Die Mitglieder des 2005 ins Leben gerufenen Clubs Helvétique haben sich viel vorgenommen. Sie verstehen das «patriotische Erbe von 1848 als Pflicht» und wehren sich gegen Bestrebungen, «liberale und soziale Grundlagen der Schweiz zu zerstören». Dem Club Helvétique gehören unter anderem alt Bundesrichter Giuseppe Nay an, aber auch die ehemalige Luzerner Nationalrätin Cécile Bühlmann (Grüne), SP-Nationalrat Andreas Gross, der Publizist Roger de Weck oder der Luzerner Stadtpräsident Urs W. Studer.

An der Sitzung von gestern in Biel wurde eine Fünf-Punkte-Erklärung verabschiedet:

- Wer Menschenrechte verletzt, schädigt die Demokratie.

- Der Club Helvétique verteidigt die Volksrechte gegen Missbrauch. Missbrauch der Volksrechte widerspricht den Grundwerten der Schweiz.
- Der Club Helvétique fördert alle Bestrebungen, damit Volksinitiativen, welche die Menschenrechte verletzen, nicht zur Abstimmung gelangen.
- Der Club Helvétique unterstützt aus diesem Grund auch eine Revision dieses Anti-Minarett-Entscheidunges.
- Der Club Helvétique arbeitet im Weiteren an einem Bündnis mit anderen Kräften, die für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaat eintreten.

HINWEIS

► [www.clubhelvetique.ch](http://www.clubhelvetique.ch) ◀

RED

## EXPRESS

- Das Minarettverbot schade der Schweiz, ist der Club Helvétique überzeugt.
- Deshalb will er alle Bestrebungen für eine Initiative fördern.

kum hat Mühe, wenn nun mit allen Mitteln versucht wird, einen Volksentscheid umzustossen. «Es ist arrogant, zu sagen, das Volk habe falsch entschieden», sagt Inderkum. Wenn man Volk und Ständen eine Initiative vorgelegt habe – und das habe man bei der Minarett-Initiative tun müssen, weil sie nicht gegen zwingendes Völkerrecht verstiesse –, dann habe man den Entscheid zu akzeptieren.» Inderkum: «Es ist auch keine Staatskrise, wenn das Volk einmal eine andere Meinung als der Bundesrat und die Parlamentsmehrheit hat.»

## NACHGEFRAGT



bei Giuseppe Nay (67), alt Bundesrichter

### Wollen Sie das Volk austricksen?

**Giuseppe Nay, die SVP wirft Ihnen «hochgestochenes Elitedenken» vor – und weiss das Volk hinter sich!**

**Giuseppe Nay:** Ich weiss die Verfassung hinter mir und damit ebenso das Volk. Offensichtlich wurde bis zum Abstimmungs-sonntag vom 29. November vergessen, dass es beim Minarettverbot nicht um parteipolitische Propaganda geht, sondern um Verfassungsgebung. In einer solchen Situation sind die Politiker und Juristen gefragt, die Stimmberechtigten «aufzuklären», damit sie tatsächlich auch als Verfassungsgeber abstimmen.

**Der Club Helvétique strebt einen Toleranzartikel an. Weshalb?**

**Nay:** Der Toleranzartikel soll einen neuen Kulturkampf verhindern. Das Zusammenleben in einer multikulturellen und multireligiösen Gesellschaft ist vor allem eine Aufgabe der gesellschaftlichen Kräfte. Aber es braucht dazu auch gute rechtliche Rahmenbedingungen. Ein Toleranzartikel müsste die Grundregeln des gegenseitigen Respekts von Religionsangehörigen gegenüber Nichtgläubigen und gegenüber Andersgläubigen gewährleisten. Es sollte ein präziserer rechtlicher Rahmen für mehr Toleranz im Auftreten aller Religionsgemeinschaften in der Öffentlichkeit geschaffen werden, vor allem mit ihren religiösen Zeichen und darunter auch dem Minarett.

**Ist mit dem Minarettverbot wirklich der Religionsfriede im Eimer – nach 160 Jahren?**

**Nay:** Er ist gefährdet. Und ein Tabu ist gebrochen: Es wurde wieder ein religiöser Ausnahmeregel in unsere Bundesverfassung aufgenommen. Dies, nachdem wir erst vor wenigen Jahren die letzten derartigen Artikel aus der Verfassung entfernen konnten. Ein religiöser Ausnahmeregel erinnert tatsächlich an den Kulturkampf vom Ende des 19. Jahrhunderts. Nach diesem Tabubruch kann man nun nicht einfach zur Tagesordnung übergehen und sagen: Volkes Stimme ist Gottes Stimme. Mit diesem Argument haben Mächtige immer stärker über das Volk regiert, als sie sich vom Volk leiten liessen.

**Wollen Sie den Volksentscheid austricksen?**

**Nay:** Keinesfalls. Man muss genauer hinschauen, und dann sieht man, dass dieser Volksentscheid in Widerspruch zu anderen demokratisch ebenso legitimierte Entscheidungen wie die Annahme der Europäischen Menschenrechtskonvention durch die Schweiz steht. Es geht darum, den Volksentscheid in eine verfassungs- und menschenrechtskonforme Form zu bringen und damit diesen Widerspruch zu beseitigen.

**Bleibe also der Artikel zum Minarettverbot in der Verfassung drin?**

**Nay:** In seiner absoluten Form nicht. Er müsste ersetzt werden durch den beschriebenen Toleranzartikel.

URS ZURLINDEN